

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248.

Freitag, den 23. Oktober 1908.

10. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Neuwahl im 15. sächsischen Reichstagswahlkreise ist auf Dienstag, den 17. November, anberaumt worden. Für Nachwahlen, die im ersten Jahre nach den allgemeinen Wahlen stattfinden, gelten die alten Wählerlisten. Der sozialdemokratische Kandidat wird, wie wir in der heutigen Beilage melden, in einer am nächsten Sonntag stattfindenden Kreisparteiversammlung ernannt werden.

Der Beirath für Arbeiterstatistik ist zum 10. November zu einer Sitzung im Statistischen Amt einberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1. Bericht des Referenten über die Erhebung, betreffend die Arbeitszeit im Fleischergewerbe; 2. Bericht des Ausschusses über die Erhebung, betreffend die Arbeitszeit im Binnenschiffahrtsgewerbe; 3. Mündlicher Bericht des Ausschusses über die gutachtliche Aeußerung, betreffend Arbeitslosenversicherung; 4. Mittheilungen über den Stand der Erhebung, betreffend die Arbeitszeiten im Fabrikgewerbe; 5. Mittheilung über den Stand der Erhebung, betreffend die Arbeitszeit in Kontoren. Die Ausschüsse treten bereits am 7. November zusammen, um die ihnen überwiesenen Gegenstände vorzubereiten. Es ist das letzte Mal, daß der Beirath in seiner jetzigen Zusammenfassung eine Sitzung hat. Bekanntlich gehören dem Beirath sieben Reichstags-Abgeordnete an. Es sind das dieselben, die früher Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik waren. Von diesen ist das freikonservative Mitglied Bauermeister, so lange er in der Kommission für Arbeiterstatistik war, noch niemals in einer Sitzung der Kommission oder des Beiraths erschienen. Von den jetzigen Mitgliedern des Beiraths sind bei der Reichstagswahl der konservative Jacobstötter und das Centrumsmittglied Letocha nicht wiedergewählt und werden deshalb aus dem Beirath ausscheiden, sobald der Reichstag die Neuwahl vorgenommen hat.

Der neue Reichsgerichtspräsident. Zum Präsidenten des Reichsgerichts hat Wilhelm II., auf Vorschlag des Bundesrathes, den Ministerialdirektor im Reichsjustizamt, Dr. Gutbrod, ernannt. Gutbrod, der aus dem württembergischen Richterstande hervorgegangen ist, hat nahezu 25 Jahre dem Reichsjustizamt angehört. Gutbrod's Vorbildung liegt wesentlich auf zivilistischem Gebiete, während sein Vorgänger, Herr von Dehlschlager, aus der staatsanwaltschaftlichen Laufbahn hervorgegangen war. Er steht im sechzigsten Lebensjahre und erfreut sich angeblich noch einer ungewöhnlichen Arbeitskraft. Zum Nachfolger Gutbrod's im Reichsjustizamt wurde der bisherige Vortragende Rath im Reichsjustizamt, Wtl. Geh. Oberregierungsrath Dr. Hoffmann, ernannt.

Polizei-Inspektor Krieter in Magdeburg, der Organisator der Geheimbundsprozesse von 1887 nimmt am 1. November seinen Abschied. Also wird aus Magdeburg berichtet. Gerade jetzt. Die Nachricht ist geeignet, nachdenkliche Erinnerungen wachzurufen. Krieter war der Verfasser der ominösen Broschüre: „Die geheime Organisation der Sozialdemokratie, nach autoritativen Quellen bearbeitet.“ die seitens der Regierung als Unterlage zu Jenzenierung der berechtigten Geheimbundsprozesse gemacht wurde. Die „autoritativen Quellen“ Krieters waren die — Spigel Heinrich und Speck, die die geheimen Zusammenkünfte erst entrieten und dann getrenlich für Geld der Polizei Bericht erstatteten. Auf Grund der Angaben dieser Spigel wurden am 7. Februar 1887, kurz vor den Wahlen, 36 Genossen in Magdeburg plötzlich verhaftet. Der Zweck, dadurch ein ungünstiges Wahlergebnis zu erzielen, wurde auch tatsächlich erreicht. Später wurde 46 Genossen der Prozeß gemacht wegen angeblicher Geheimbündelerei und Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Ueber 30 der Angeklagten, darunter der alte 63jährige Veteran Julius Bremer, wurden verurtheilt zu 4 bis 9 Monaten Gefängniß. Auch Speck erhielt 6 Monate Gefängniß zubüßt, wurde jedoch auf Betreiben Krieters (durch Fürsprache bei Buttkamer) bereits nach acht Tagen begnadigt! Als dieser Ehrenmann, der Duzende von Familien unglücklich gemacht, wieder zur Fabrik kam, drohten sämtliche Arbeiter, die Arbeit niederzulegen. Auch die Kontorbeamten der Fabrik wollten mit dem Judas nichts gemein haben und so wurde er entlassen. Auf Betreiben Krieters wurde er dann Magistratebote, mußte aber auch bald infolge der Haltung des Publikums abgehen und ist heute noch (infolge hoher Protektion) Führer bei der elektrischen Straßenbahn in Magdeburg. Die 31 Angeklagten, darunter die Geroffen Mees, Bremer, Dietz, Nitzsch, Lankau wurden am 12. und 13. Mai 1887 zu insgesamt 164 Monaten Gefängniß verurtheilt. Sie hatten zudem insgesamt fast sieben Jahre Untersuchungshaft erhalten müssen. Der Schneider Habermans starb darin an der Schwindsucht.

Obwohl nachgewiesenermaßen die Krieter'sche Broschüre ein reines Phantasieprodukt war, nichts enthielt als erdichtete, platte Allgemeintheiten, diente sie doch im Prozeß als einziges Beweisdokument! Zwei Jahre später war das Fiasko des Ausnahmegesetzes vollendet. Und als besondere Antwort auf den Prozeß darf das Ergebnis der Reichstagswahl von 1890 betrachtet werden: Es wurden abgegeben für v. B ollmar 17 261 gegen 11 438 Stimmen bei der vorigen Wahl 1887! Bollmar siegte im ersten Wahlgang, und da er in München annahm, siegte bei der Nachwahl Bock gar mit 18 455 Stimmen, also eine Zunahme von über 7 000 Stimmen! Mit dem Ueberstich der Wahlgelber wurde noch in demselben Jahre die „Volksstimme“ gegründet. Jetzt geht lang- und langlos Krieter in Pension. Er und sein System sind todt. Magdeburg ist Hochburg der Sozialdemokratie. Daß sich die 25jährige Feier des Sozialistengesetzes gerade verkettet mit dem Ende eines Mannes, der ein „großes“ Werkzeug dieses Gesetzes gewesen, ist sicherlich eine besondere Ironie des Schicksals.

Der „Fall Schulte“. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß dem Leiter des preussischen Historischen Instituts in Rom, Professor Dr. Alois Schulte, von dem in den vatikanischen Archiven beschäftigten Jesuitenpater Ehrle ein Konvolut mit Akten über den Ablass von 1517 übergeben worden sei. Bei Schulte sei man der Forscher in Widerspruch mit dem Ultramontanen geraten, er habe deshalb beim Reichskanzler telegraphisch angefragt, wie es mit der Veröffentlichung dieser Dokumente gehalten werden solle und darauf vom Grafen Bülow telegraphisch die Antwort erhalten: „Ignorieren!“ Das heißt also, die Publikation der den Klerikalen unbräutlichen Dokumente sollte mit Rücksicht auf diese unterdrückt werden. Diese übergroße Rücksichtnahme wurde um so mehr getadelt, als der Jesuitenpater Ehrle selbst Herrn Schulte erklärt haben sollte, es läge der römischen Kirchenleitung durchaus fern, die dunklen Punkte ihrer Geschichte zu verhüllen und sie hege keinerlei Bedenken gegen die Publikation. Der Reichskanzler wäre danach also päpstlicher als der Papst gewesen. Nun ist zwar dieser Darstellung von offizieller Seite widersprochen, die Behauptung, daß Graf Bülow das „vorläufige“ Unterbleiben der Publikation angeordnet habe, aber nicht erschüttert worden. Jetzt scheint die Angelegenheit indessen eine andere Wendung genommen zu haben. Wie die „Deutsche Literaturzeitung“ von zuverlässiger Stelle erfährt, hat der Fall Schulte nunmehr seine Erledigung in der Art gefunden, daß entsprechend den Anträgen des Wissenschaftlichen Beirathes und dem Beschlusse des Kuratoriums des Historischen Instituts die Veröffentlichung des von Schulte gefundenen Ablassakten-Materials in nächster Zeit im Verleze von Dunder und Humblot erfolgt. — Graf Bülow hat also seine Bedenken nicht mehr eingepackt. Neben den Gutachten der berufenen Amtsstellen wird nicht minder auch die öffentliche Kritik, die keineswegs schmeichelhaft für den Ministerpräsidenten war, zu diesem Erfolge beigetragen haben. Können nunmehr die Akten über den Zwischenfall auch geschlossen werden, so bleibt er doch bezeichnend für die Bülow'sche Taktik und Politik und wird deshalb der Vergessenheit nicht anheimfallen.

Das Zeugnißzwangsverfahren gegen den Redakteur der „Pankower Zeitung“ nimmt seinen Fortgang. Es handelt sich dabei bekanntlich um die von dem Blatte gebrachte Mittheilung, daß die Gemeinde verhältnißlich 15 500 Mk. zu viel an Kreissteuern gezahlt habe. Die Mittheilung an sich war richtig, doch wurde vom Gemeindevorstand angenommen, daß die Redaktion des Lokalblattes nur durch den Vertrauensbruch eines Beamten in den Besitz der Nachricht gekommen sei, und der Amtsvorsteher that zunächst sein mögliches, um auf dem Wege mehr oder minder gerichtlichem Zuredens den Redakteur zur Preisgabe seines Gewährsmannes zu veranlassen. Dies gelang nicht und so wurden denn Gewaltmaßnahmen angewendet. Dienstag hatte der Redakteur Salis eine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter zu bestehen, in der dieser an ihn das Verlangen stellte, den Ueberbringer der für den Pankower Gemeindevorstand so unangenehmen Nachricht namhaft zu machen. Als der Redakteur erklärte, daß die Erfüllung eines solchen Verlangens sich nicht mit den Pflichten eines Redakteurs vertrage, verurtheilte ihn der Richter zu 300 Mark Geldstrafe event. 6 Wochen Haft und kündete ihm weiter an, daß die Zeugnißzwangshaft über ihn verhängt werde, wenn er binnen zehn Tagen nicht den Namen seines Gewährsmannes preisgebe. Da wohl nicht zu erwarten ist, daß der Redakteur dem Verlangen des Untersuchungsrichters nachkommt, so darf angenommen werden, daß Deutschland auch in diesem Fall das Schauspiel einer modernen Folterung erlebt. Auch das Zeugnißzwangsverfahren gegen den früheren Redakteur der „Hilfe“, Hildebrandt, dauert noch fort. Dieses Verfahren wurde eingeleitet, weil die „Hilfe“ im Februar dieses Jahres einen Erlaß an die Redaktoren der Volksschulen im Regierungsbezirk Potsdam veröffentlichte. Hildebrandt wurde deshalb in der ersten

hälfte September in Zeugnißzwangshaft genommen, nachdem ein Disziplinarverfahren gegen die unbekanntlichen Ueberbringer des Erlasses eingeleitet worden war. Hildebrandt befindet sich seitdem in Zwangshaft, d. h. jetzt über fünf Wochen! — Der „Verein Thüringer Presse“, der am Sonntag seine Jahresversammlung in Erfurt abhielt, protestirte, wie im Anschluß hieran bemerkt sei, gegen das Zeugnißzwangsverfahren und sandte dem inhaftirten Hildebrandt ein Sympathietelegramm.

Eine auffeherregende Korrektur wurde vom Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps in Magdeburg an einem kriegsgerichtlichen Urtheil vorgenommen. Der Unteroffizier F. Koller von der 11. Komp. 66. Inf.-Reg. war wegen verleumderischen Beleidigung, Diebstahls u. a. zu 1 Jahr Gefängniß, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse verurtheilt worden; er hatte, als er wegen Diebstahls 8 Tage im Gefängniß saß, sich vorführen lassen und freiwillig, wie er sagte, aus Pflichtgefühl, zu Protokoll gegeben, der Feldwebel Baterntraat und Bizefeldwebel Steinbach hätten Soldaten mißhandelt, der Sergeant Brügemann hätte Petroleum zu Privatweden benutzt usw. Der Wahrheitsbeweis wurde damals nicht geführt. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß K. mit seinen Angaben die Wahrheit gesagt, das Gericht sich also geirrt hatte: Es mußte Steinbach nämlich zur Disposition gestellt, der Sergeant Brügemann wegen Unterschlagung und Verdacht des Meineids verhaftet und eine ganze Anzahl Vorgefertigter bestraft werden! In der Verhandlung am Dienstag wurde durch 22 Zeugen festgestellt, daß in der That die Verurtheilungen vorgekommen sind, daß der Feldwebel einem Musketier befohlen hat, sein Gewehr mit den Zähnen festzuhalten und auf allen Bieren im Schnee herumzukriechen! Sofort nach dieser Aussage wurde wegen Gefährdung der militärischen Disziplin die Dessenlichkeit ausgeschlossen. Das Urtheil lautete: das erstinstanzliche Urtheil, soweit es sich auf die Verleumdung bezieht, wird aufgehoben, da dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis zu 99 Prozent gegliedert sei. Wegen des Diebstahls einer Hohe und eines Hemdes wurde K. dagegen zu fünf Wochen Mittelarrest, Degradation usw. verurtheilt. Eine Anzahl von Vorgefertigten sind durch den Prozeß bloßgestellt, und ein Rattenkönig von Prozessen ist die nächste Folge dieser Verhandlung.

Der Streik im Kasseler Baugewerbe ist, nach Meldung des „Hann. Cour.“, nach dreißigwöchiger Dauer Mittwoch endlich beendet worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit sollte bereits am heutigen Donnerstag erfolgen. Eine Befätigung der Nachricht bleibt abzuwarten.

Zweierlei Recht. Aus Elßaß-Lothringen wird der „L. Volksztg.“ geschrieben: Wie die Kölnerische Devise des zweierlei Rechts angewendet wird, wenn unsere Staatsretter bemüht sind, der sozialdemokratischen Partei eins auszuweisen, beleuchtet die Anklage gegen einen Parteigenossen, die in Mülhausen vor der Strafkammer zur Verhandlung stand. Genosse Weinzorn war angeklagt, am 24. Juni d. J. eine öffentliche Versammlung, deren Zweck die Behandlung eines politischen Gegenstandes, nämlich der Reichstagswahl, war, veranstaltet zu haben, ohne daß vorher die vorgeschriebene Anzeige an die Verwaltungsbehörde erstattet war. Die Versammlung, auf die sich die Anklage stützte, hatte allerdings stattgefunden, es war aber nicht eine öffentliche, sondern eine Privatversammlung. Nach dem elßaß-lothringischen Versammlungsrecht ist eine Versammlung gestattet, wenn jeder Theilnehmer sich im Besitz einer persönlichen Einladung befindet. Der Angeklagte bestritt deshalb, daß die in Frage kommende Versammlung eine öffentliche war, denn jeder Theilnehmer war im Besitz einer Einladung. Er hätte sogar selbst, als Veranstalter, vor Eröffnung der Versammlung einen Mann aus dem Lokale gewiesen, der es ohne Einladung betreten wollte. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt führte dagegen an, daß in vereinsrechtlichem Sinne eine private Versammlung — im Gegensatz zur öffentlichen — nur dann vorliege, wenn die Theilnehmer aus einem individuell beschränkten Personenkreis rekrutieren. Die in Rede stehende Versammlung sei als öffentliche anzusehen, weil man unter den zu dieser Versammlung eingeladenen keinen individuell beschränkten Personenkreis anerkennen kann. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung, berief sich dabei auch auf ein Urtheil des Oberlandesgerichts, wonach der Charakter als Privatversammlung dann gegeben ist, wenn ein bestimmter Kreis von Zutretenden die eingeladenen stellt. In diesem Fall waren es Reichstagswähler. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, unter Befassung der Staatskasse mit den Kosten. Es ist dies bereits der zweite Fall in diesem Jahre, den die Anklagebehörde in ihrem Bestreben erfährt, die Privatversammlungen der Arbeiter zu öffentlichen zu stampeln, während die bürgerlichen Parteien niemals bestraft werden.

Eine Statistik der Zoll- und Steuerstrafen.
Wegen Uebertretung der Vorschriften in Bezug auf die Zölle und Reichsteuern sind im Rechnungsjahr 1902 im deutschen Reich 41 586 Straffälle zur Erledigung gelangt gegen 28 816 im Vorjahre. Verurtheilt wurden 41 418 Personen gegen 29 817 im Vorjahre, und zwar zu Freiheitsstrafen 740 gegen 419, zu Geldstrafen wegen Defraudation 17 775 gegen 15 592, zu Geldstrafen wegen Ordnungswidrigkeit 22 903 gegen 13 806. Der Gesamtbetrag der wegen Defraudation verhängten Geldstrafen beläuft sich auf 484 140 Mk. gegen 462 200 Mk., der Gesamtbetrag der Ordnungswidrigkeiten auf 87 394 Mark gegen 62 830 Mark. Die Zunahme gegen das Vorjahr, die namentlich in der Zahl der Straffälle und verurtheilten Personen hervortritt, ist auf das Inkrafttreten der Schaumweinsteuer am 1. Juli 1902 zurückzuführen. Wegen Vergehungen gegen das Schaumweinsteuergesetz wurden 386 Personen mit Defraudationsstrafen im Gesamtbetrage von 20 269 Mark und 8886 Personen mit Ordnungswidrigkeiten im Gesamtbetrage von 25 898 Mark belegt. Hinsichtlich des Betrages der verhängten Defraudations- und Ordnungswidrigkeiten nehmen die Bestrafungen in Bezug auf die Reichsteuernpelabgaben die erste Stelle ein mit zusammen 190 373 Mark. Es folgen die Bestrafungen wegen Uebertretungen der Zollgesetze mit 109 771 Mk. (außerdem 56 Verurtheilungen zu Freiheitsstrafen), ferner in Bezug auf die Branntweinsteuer mit 86 285 Mark, in Bezug auf die Wechselstempelsteuer mit 58 160 Mk., die Strafen wegen Uebertretung von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten mit 56 639 Mark (667 Verurtheilungen zu Freiheitsstrafen), die Bestrafungen in Bezug auf die Schaumweinsteuer mit 46 167 Mk., in Bezug auf die Salzsteuer mit 10 132 Mk., in Bezug auf die Brauener mit 4879 Mk. (1 Verurtheilung zu Freiheitsstrafe), in Bezug auf die Tabaksteuer mit 3322 Mk., in Bezug auf die Zudersteuer mit 2485 Mk. (16 Verurtheilungen zu Freiheitsstrafen), in Bezug auf Uebergangsabgaben mit 1692 Mark und endlich in Bezug auf den Spielfeldstempel mit 1629 Mark. Wegen Zolldefraudation sind zwar mehr Personen als im Vorjahr bestraft worden, trotzdem ist aber der Gesamtbetrag der erkannten Geldstrafen erheblich zurückgegangen, nämlich von 250 471 Mark im Jahre 1901 auf 87 406 Mark im Jahre 1902. Die Abnahme rührt wohl daher, daß es sich im letzten Jahre durchschnittlich um geringere Zollobjekte handelte als im Vorjahre; denn die Strafe richtet sich nach der Höhe des hinterzogenen Zolles und beträgt gewöhnlich das Vierfache des letzteren. Da mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs sich die Eingangsätze für eine Reihe von Artikeln nicht unwesentlich erhöhten, so versuchten sich häufig auch die wegen Schmuggels oder sonstiger Zolldefraudation zu verhängenden Strafen.

Bürgerliche Gemeindeforruption. Unanbare Dinge bei der Vergütung städtischer Arbeiter sind nach dem „Berl. Tagbl.“ in Potsdam eintreffend worden. Es handelte sich um Vergütung einer Rohrleitung in der Berliner Vorstadt, die an dem Ministerpräsidenten vergeben werden sollte. Unter den Bewerbern befand sich auch der Inhaber einer Firma, dessen Vater lange Jahre Stadtverordneter war. Dieser stellte neben Mitbewerbern Wechsel über je 500 Mark aus, die er ihnen zahlen wollte, wenn er die Arbeit bekäme und sie ihm durch Herabdrückung des Preises nicht das Geschäft illusorisch machten. Die städtischen Arbeiter wurden indessen an einen andern Unternehmer vergeben, der Stadtverordneter ist, und die entlassenen Wechselbesitzer hielten nun nicht mehr reinen Mund, so daß die Sache auch der städtischen Verwaltung bekannt wurde. Diese hat nunmehr den Wechsel gelöst, in Zukunft den betreffenden Unternehmer bei der Vergütung städtischer Arbeiten auszuschließen. Richtiger wäre es natürlich, wenn überhaupt jeder Stadtverordneter von städtischen Verträgen ausgeschlossen würde.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Der Breslauer Strafkammer stand am Montag eine landwirthschaftliche Arbeiterin aus dem Landkreise Arnheim, Namens Pauline Kaiser, der Majestätsbeleidigung angeklagt. Sie hatte, als der Königswort in Belgrad überall besprochen wurde, gesprochen an das „Mikrot“ der irpanigen Schwa Schwa erinert und daran eine respektvolle Anrede gegen den deutschen Kaiser geschickt. Das Gericht sprach die Angeklagte aber frei, trotzdem der Tatbestand erwiesen war. Es nahm zu Gunsten der Angeklagten an, daß sie sich des beleidigenden Charakters der Anrede nicht bewußt gewesen sei. — Im Justizrat der Majestätsbeleidigungsprozesse ein letztes Urteil!

Neue politische Nachrichten. Die häufig wiederholte Behauptung, daß die Einführung der einheitlichen Reichswährung in Bayern unbegründet ist. Die bayerische Warte Mainz. — Die Reichstagswahl in Siegen. Wittgenstein-Biederstein wird, nach der National-Anzeiger, gegen den Abg. Stöcker noch ein gerichtliches Nachspiel zur Folge haben. Stöcker bezugnehmend die sehr leicht nachweisende Thatsache seines häufigen Fehlens im Reichstage gegenüber dem national-liberalen Parteiführer Dr. Feger und Johann Kilians, Herausgeber des „Magazin für Literatur“, in öffentlicher Versammlung als „Lügen, unannehmliche Lügen“. Beide Herren haben gegen den Abg. Stöcker die Privatklage wegen Beleidigung anhängig gemacht. — In 23 Städten Deutschlands haben sich gegenwärtig, nach einer Streitigkeiten zwischen Ägypten und Frankreich. — Die Vorstände der Ortskrankenkassen in München beschließen deren Zentralisierung. — Sammlische Diebstahlsfälle längs der Grenze haben sich zu einem Kartell zusammen geschlossen, welches den Verkauf seiner Produkte nach München als zentrale Verlegt. — Die die Welt-Bericht des Reichs-Südwestafrika berichtet, brachte im vorigen Monat ein aus dem District Grootfontein in Windhoek ausgewandertes Paar der katolischen Mission die Nachricht von der Ermordung einer deutschen Familie, Paasch, sowie zweier weiterer Missionen durch Ulanen. Wenn sich das bestätigt, so würde eine Strafexpedition gegen die Ulanen zu erwarten sein. — In der Nacht zum Mittwoch demontirten in Jansbrad 59 italienische Studenten vor dem Rathhaus. Sie kramten und riefen „Giovani Italia“, wobei aber, als die Mache riefen. — Der Präsident der Vereinigten Staaten hat eine Verordnung er-

lassen, durch welche der Kongress auf den 9. November zu einer außerordentlichen Sitzung zur Verathung des Handelsabkommens mit Kuba einberufen wird. — Die schiedsrichterliche Entscheidung in dem Klaskastreit hat in Kanada große Erregung hervorgerufen. — In Melbourne werden große Ankäufe von australischem Blei zur Verladung nach China für japanische und russische Rechnung vorgenommen.

Norwegen.
Das Ministerium Mehr hat nunmehr am Mittwoch seine Entlassung gegeben. Der Führer der Rechten im Storting, Professor Dr. Hagerup, erhielt vom König den Auftrag, das neue Ministerium zu bilden. Wahrscheinlich wird ein konservativ-liberales Kabinett Tage-rufen zu Stande kommen.

Rußland.
Väterchen Verfluchung. Eine merkwürdige Nachricht kommt aus dem Kaukasus: Der armenische Erzbischof Mirtitsch, der oberste Patriarch und Katholikos aller Armenier, hat in einem öffentlichen Gottesdienst in Tiflis vor allem Volke soterlich über den Zaren und dessen Regierung den kirchlichen Fluch ausgesprochen. Da sich derlei geistliche Flüche bisher nur gegen den Sultan und ab und zu gegen den Schah von Persien richteten, und es das erste Mal ist, daß ein christlicher Monarch einer solchen Prozedur ausgesetzt wird, erregt der Vorgang in Rußland ungeheures Aufsehen, zumal sich die russische Regierung seit Jahrhunderten zum speziellen Schützer armenischer Interessen aufwarf und die Unbotmäßigkeit der Armenier unter türkischer Herrschaft auf die Unterdrückungssucht der Osmanen zurückführte. Der Fluch soll bei dem Zarenpaar große Bestürzung hervorgerufen und eine Erschütterung der Stellung Plehwe herbeigeführt haben. Jedenfalls wird auch Rußland an der armenischen Frage eine harte Nuß zu knaden haben.

Oesterreich-Ungarn.
Pater Stojalowski. Pater Stojalowski war einst ein galizischer Geistlicher, der so that, als ob er ein christlich angehauchter Sozialdemokrat wäre. Die Geistlichkeit verfolgte ihn, aber das Volk Galiziens hielt zu ihm. So kam er in's Parlament. Da wurde er zum christlich-sozialen Demagogen und Schleppenträger der galizischen Junker. Von seiner jetzigen Thätigkeit berichtet die „Wiener Arb.-Ztg.“ aus Krakau: Sonnabend wurde dem Pater Stojalowski, der gegen den „Naprzod“ geklagt hatte, vor den Geschworenen nachgewiesen, daß er sich von Stanczyk und von Ruffen hat bestechen lassen, und die Geschworenen sprachen den Redakteur des „Naprzod“, der ihm das vorgeworfen hatte, einstimig frei. Das war Sonnabend, und am Sonntag wollte Stojalowski an dem Hauptzeugen, dem Genossen Keger, sowie am Abgeordneten Daszynski Rede nehmen. In Saybusch sollte Sonntag eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden, zu der Genosse Keger erschienen sollte. Nun ließ Stojalowski, um auch Daszynski hinzulocken, ein fingirtes Telegramm an Daszynski richten, daß er sofort kommen solle. Daszynski war aber verhindert zu kommen. Stojalowski kam mit seinem Freunde, dem Abgeordneten Hjal, beide betrunken, mit etwa zweihundert ebenfalls betrunkenen Burichen, die er in den Säcken aufgetrieben hatte, zur Versammlung und begann dort einen Kravall. Als Genosse Keger zu sprechen begann, schrie Stojalowski wie besessen: „Hans's ihn!“ Nun stürzten sich der Abgeordnete Hjal und sein Bruder auf Keger und schlugen mit den Säcken auf ihn los. Keger reißt sich los und will zur Thür. Aber da schlugen schon die Burichen des Stojalowski mit Stöcken auf ihn los, daß ihm das Blut in Strömen aus den Wunden rann. Zeugen konnten bestätigen, daß auch Stojalowski selbst auf Keger losging. Nun wollte Stojalowski in dem Saale eine Versammlung abhalten. Aber die Arbeiter hatten sich mittlerweile gesammelt und stürmten in die Versammlung, die nun nicht abgehalten werden konnte. Auch die Kleinbürger von Saybusch, die den Heppaffen Stojalowski seit jeher nicht leiden konnten, eilten herbei und als Stojalowski auf die Straße trat, trat ein Bürger von Saybusch auf ihn zu und verfechtete ihm, ehe er sich dessen versah, zwei Ohrfeigen. Auch der Abgeordnete Hjal wurde von der Menge geohrfeigt. Beide flüchteten mit ihren Getreuen in das Haus zurück. Als aber Stojalowski Abends in einem Wagen die Stadt verlassen wollte, wurde er von der Saybuscher Bevölkerung erkannt, die Pferde wurden aufgehoben, der Paffe in den Roth geworfen und von der empörten Menge gehalten. Mit Mühe konnte er sich schließlich in ein Haus retten. Wie dem „Naprzod“ auch aus Saybusch gemeldet wird, soll eines der Opfer des Stojalowski, der Reichstagsführer Kaulitz, an den ihn durch die Schaar des Stojalowski zugefügten Verletzungen gestorben sein. Schließlich wird noch aus Lemberg berichtet: Als Montag Nachmittag Abgeordneter Stojalowski das Rathhausgebäude verließ, trat aus einer Gruppe von Arbeitern der Badergehilfe Michael Slawinski auf Stojalowski zu und verfechtete ihm mit den Worten: „Hier die Antwort auf Saybusch!“ drei schallende Ohrfeigen. Pater Stojalowski führte den Bader auf das Polizeikommissariat, wohin Slawinski zu folgen versprach. Als dieser nicht erschien, wurde Slawinski nach Feststellung seiner Identität entlassen.

Italien.
Die Kabinettstreife ist nunmehr akat geworden. Zanardelli hat den König um Enthebung von seinem Amte als Ministerpräsident ersucht. Wahrscheinlich wird ein farbloses Geschäftsministerium unter Saracco oder Crispienker fortgesetzt werden.

Frankreich.
Die Streikbewegung im Nord-Departement. Jancres wird am heutigen Donnerstag einreisen, um in einer Besprechung der Ausständigen den Vorstoß zu führen. Man behauptet, daß Jancres seinen Einfluß in beträchtlichem Maße geltend machen werde. Die Fabrikarbeiter in Düllingen haben ihre Unzufriedenheit darüber ausgesprochen, daß die Kohlenverlader ohne Zustimmung der Gewerkschaft in den Kohlenfeldern getrieben sind. Die Kohlenverlader werden deshalb jedenfalls heute die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Wiederaufnahme der Dreyfus-Affaire.
Zu der Mittheilung der „Action“ über die Dreyfus-Affaire wird dem Pariser Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ aus bester Quelle bestätigt, daß die Untersuchung des Doffiers im Kriegsministerium thatsächlich bereits sensationelle Enthüllungen zu Tage gefördert habe, daß jedoch die Enquete noch nicht beendet und das Resultat deshalb noch nicht sprechbar sei.

Belgien.
Dynamitattentat gegen einen Pfarrer. In Meebarnach wurde, wie aus Luxemburg gebrähtet wird, mittelst Dynamitbombe gegen das Pfarrhaus ein Sprengattentat ausgeführt und großer Materialschaden angerichtet. Der Pfarrer hatte den bei der Einwohnerversammlung beliebten Lehrer aus dem Amte getrieben. Das Attentat fand Nachts nach einer Straßenkumgebung gegen den Pfarrer statt. Es steht eine Interpellation in der Kammer bevor.

Spanien.
Es bleibt alles beim Alten. Bei der Wiederöffnung der Kammer am Mittwoch erklärte der Ministerpräsident, die Regierung werde sich hauptsächlich mit der Reorganisation der Finanzen und der Herstellung des Gleichgewichts im Budget beschäftigen und werde sich von den Prinzipien der konservativen Partei leiten lassen.

Serbien.
Die Kosten des Mordes. Das „N. B. Journal“ veröffentlicht die Namensliste derjenigen serbischen Offiziere, die sich für den Königsmord bezahlen ließen. Nach dieser Liste erhielt Oberstleutnant Naumowitsch, der in der Morbnacht getödtet wurde, 48 000 Frcs., Oberst Maschin 30 000, Oberleutnant Nigitsch 24 000, der frühere Kriegsminister Polarewitsch 24 000, der Hauptmann Kostic 24 000, der Hauptmann Zivoavic 12 000, die übrigen Offiziere wurden mit 2000 bis 5000 Frcs. abgefertigt. Außerdem erhielt Awakumowitsch 50 000 Frcs. Die Gesamtsumme beträgt 300 000 Frcs. Wer hat diesen Vandalenlohn gezahlt?

Balkan.
Das Gericht in Monastir verurtheilte von 138 Personen, die auf Grund der im Frühjahr in Debrca vorgekommenen Vorfälle angeklagt waren, 123 zu Zwangsarbeit in Kleinasien. — Ein Verräther, der ehemalige bulgarische Bandenchef Schischmanow, der gefangen nach Konstantinopel gebracht wurde und umfassende Geständnisse über die Organisation des Aufstandes im Wlajet Adrianopel ablegte, ist, da seine Angaben nach sofortiger Prüfung sich bewährt haben, als politischer Geheimagent in türkische Dienste genommen worden.

Ostasien.
Zur Lage. Nach Ansicht des Wladimiroff Korrespondenten der „Nowoje Wremja“ darf dank der Korrekturen, aber festen Politik des russischen Statthalters die Gefahr eines russisch-japanischen Krieges als völlig beseitigt gelten, wobei natürlich die Mandchurei so lange als möglich unter Rußlands Schutz bleibt.

Lübeck und Nachbargebiete.
Donnerstag, den 22. Oktober 1903.
Zum Jubiläumstag der Schande. Am gestrigen Abend hatten sich zahlreiche Genossinnen und Genossen im großen Saale des Vereinshauses eingefunden, um eines Tages zu gedenken, an dem vor 25 Jahren die freie Regierung, das freie Wort in Deutschland durch das zwölfsährige Schandgesetz unterdrückt wurde. In dem Tage entsprechender Weise beging Lübeck's Proletariat dieses Jubiläum der Schande. — Kurz vor 9 Uhr eröffnete Genosse Yape die Versammlung und ertheilte dem Genossen Schwarz das Wort. Dieser ging zunächst auf die Bedeutung des Tages ein und wies dann darauf hin, daß unter den Versammelten wohl nur wenige Parteigenossen seien, die jene Zeit des Sozialistengesetzes mit erlebt hätten. Dennoch sei es geboten, den jüngeren Genossen die Schwere der damaligen Zeit vor Augen zu führen. Anfangs hätten die Gegner nur bitteren Spott und Hohn für die junge, aufstrebende Sozialdemokratie gehabt. Als diese aber bei den ersten Wahlen zum deutschen Reichstag auf den Plan erschien, sei das Bestreben aufgetaucht, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Da sei es hauptsächlich der Berliner Staatsanwalt Lessendorff gewesen, der in seiner Praxis den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgenommen habe. Er prägte den Satz: „Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation und die Sozialdemokratie ist vernichtet.“ Bald darauf sei die Auflösung der beiden bestehenden politischen Organisationen erfolgt. Nach dem Einigungskongress in Gotha sei der Zorn der Gegner noch mehr entzündet worden. Die Folge sei die Vorlage eines gegen die Sozialdemokratie gerichteten Gesezentswurfes, in welchem ein Strafparagraf wesentlich verschärft wurde, gewesen. Der Reichstag lehnte jedoch zum Verger des Vaters dieses Entwurfes, des voremernten Lessendorff, die Vorlage ab. Der nächste Parteitag der Sozialdemokratie, der im Jahre 1876 in Gotha tagte, bezeichnete 38 Wahlkreise als ficher. Außerdem erfolgte die Verschmelzung der beiden Parteigruppen. Das, sowie der Kongress von 1877 habe die Gegner auf die Beine gebracht. Hand in Hand mit diesen politischen Vorgängen, die zum Erlag des Schandgesetzes führten, gingen jedoch noch wirtschaftliche Umstände. Bismarck und seine Freunde wollten eine Schutzollzoll einführen, die Arbeiter waren hiergegen. Um diese Umstände zu machen, wollte Bismarck die Sozialdemokraten aus dem Reichstage herausdrängen. Die Verhandlungen der Genossen Heimich und Dentler in Berlin brachten ungeheure Menschenmengen auf die Beine. Als dann die Attentate von Gödel und Nobiling sich ereigneten, sei der eigentliche Anstoß zum Erlag des Sozialistengesetzes gegeben gewesen, nachdem Bismarck im Anschluß an die Mittheilung von dem Gödel'schen Attentat sofort telegraphirt hatte: „Ausnahmegesetz gegen die So-

zialdemokratie! Da keine Aussicht vorhanden gewesen sei, daß der bestehende Reichstag einem Ausnahmegeetze zustimmen würde — hatte derselbe doch nach dem Hübelschen Attentat ein aus 6 Paragraphen bestehendes Sozialistengesetz abgelehnt — so löste man ihn einfach auf. Bei den Neuwahlen sei unsere Stimmenzahl erklärlicherweise zurückgegangen, dennoch hätten 9 sozialdemokratische Abgeordnete ihren Sitz in den Reichstag gehalten. Und dieser neue Reichstag habe ein aus 29 Paragraphen bestehendes Gesetz, das Sozialistengesetz, in 12 Sitzungen erlassen. Vorangegangen sei dem Sozialistengesetz eine Alexander Majestätsbeleidigungsprozesse, wo man selbst seinem besten Freunde nicht habe trauen können. Nach einer kurzen Erwähnung der über einzelne Städte verhängten Belagerungszustände und der Ausweisungen ging Redner zu den Lübeckern über. Dieselben hätten sich vor dem Schandgesetze analog denen im deutschen Reich entwickelt. Auch die Vereinigung sei hier mitgemacht worden. Als nach der zweiten Lesung des „gemeingefährlichen Gesetzes“ die Annahme desselben voraussetzen gewesen sei, habe man, um Weiterungen aus dem Wege zu gehen, sofort die Organisation aufgelöst. So sei Zeit genug vorhanden gewesen, um alle Sachen in Ordnung zu bringen. Leider habe er (Redner) das Archiv nicht wiedergesehen. Er richte in aller Deffentlichkeit an den Parteigenossen, der vielleicht noch im Besitz dieses Archivs sei, die Aufforderung, dasselbe der Partei wieder zur Verfügung zu stellen. Die alte rote Fahne, sowie die Wästen seien glücklich gerettet worden. Erstere habe trotzdem schwere Zeiten durchmachen müssen; um ihrer habhaft zu werden, habe man sogar den Stadtgraben abgegraben. Später habe ein Witzbold das Gerücht ausgesprengt, Mutter Knorr habe davon 1 Untertod erhalten. Hiermit hätten sich die Schmeißler zufrieden gegeben. Zweimal sei unsere Fahne in einer schweren Feuergefahr gewesen; einmal bei dem gewaltigen Feuer, das in der Fildergasse ausbrach und bei dem leider auch noch Kinder von Parteigenossen den Tod fanden. Nur mit vieler Mühe gelang es, dieselbe zu retten. Später habe sie noch aus einem zweiten Feuer herausgeholt werden müssen. Endlich mußte sie aus dem Heim eines verstorbenen Genossen, der lange Jahre ihr treuer Hüter gewesen war, wenige Stunden nach seinem Tode nebst dem damals so wertvollen Adressenmaterial weggeholt werden. Im Allgemeinen seien in Lübeck die Dinge niemals stramm gezogen worden. Unser damaliger General, Corl, habe ihm (Redner) einige Notizen gegeben, aus denen hervorgehe, daß auch unter dem Sozialistengesetz hier in Lübeck ein reges politisches Leben geherrscht habe. So habe z. B. der neue „Sozialdemokrat“ nur 15 Abonnenten gehabt, die bei dem Züricher „Sozialdemokrat“ auf 18 gestiegen seien. Wenige Monate später aber hätten bereits 60 Genossen das Blatt abonniert gehabt. Die sozialdemokratische Bibliothek sei in 28 Bänden, Bebel's Frau in etwa 100 und die Gedichtsammlung des „Vorwärts“ in weit über 100 Exemplaren hier verbreitet worden. Alle 4-6 Wochen sei eine Kiste „Schweizerkäse“ (Züricher „Sozialdemokrat“) in verschiedenen Verpackungen, in Koffern, Kisten, einmal in einem Leinwandbeutel als Wäsche hier eingetroffen. Die Genossen hätten dann zwei Nächte thätig sein müssen, um die Weiterbeförderung zu veranlassen. Noch heute sei diesen Genossen für diese Thätigkeit der Dank auszusprechen. Versammlungen seien ebenfalls abgehalten worden, allerdings nicht in Kottalen, sondern auf freiem Felde, im Walde u. s. w. Kosten hätten dann wie im Kriege die Aussicht gehabt. Zum Schlusse widmete Redner den verstorbenen Genossen Fritz Meyer, Maler Rump, Bauarbeiter Lebermann, Portefeuerer Günther, Zimmermann Carl Meyer, Schuhmacher Haase, Schneider Hamann und dem alten „Suchtbauser“ Fick, die während der schweren Zeit im Vorderreihen gestanden hätten, einen warm empfundenen Nachruf. Aus der Zeit des Sozialistengesetzes sei die Lehre zu ziehen, daß wir uns von dem einmal eingenommenen Standpunkt des Klassenkampfes nicht abbringen lassen dürfen. — Als nächster Redner erhielt Genosse Bartels das Wort. Derselbe wies darauf hin, daß das Sozialistengesetz gefallen sei, der Geist desselben aber fortlebe, wofür Redner Beispiele anführte. Sodann schilderte er, wie Bismarck versucht habe, Lassalle, Marx und Liebknecht für sich zu gewinnen. Die beiden Attentäter hätten mit der Sozialdemokratie nichts gemein gehabt. Redner schloß in der Ueberzeugung, daß wenn einmal wieder eine ähnliche Zeit kommen sollte, wir uns die Kämpfer unter dem Sozialistengesetz zum leuchtenden Vorbild nehmen sollten. — Genosse Friedrich schilderte in eingehender Weise die thätige Thätigkeit des am 1. Novbr. d. J. in den Ruhestand tretenden Magdeburger Polizeinspektors Frieter und seiner Spitzel Schwennhagen, Heinrich und Sped unter dem Sozialistengesetz. Die Folgen dieser Thätigkeit seien neben 7 Jahren Untersuchungshaft 164 Monate Gefängnis gewesen. Nach einem Hinweis darauf, daß die Arbeiter auch heute noch ohne Sozialistengesetz minderen Rechts erklärt wurden, schloß Redner, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die Arbeiterbewegung trotz aller Hindernisse im Zeichen der internationalen Sozialismus siegen werde. — Genosse Stelling knüpfte zunächst an das Wort des italienischen Staatsmannes Cavour: „Mittels Ausnahmegegesetzes kann jeder Dummkopf regieren!“ an, daß er auf Bismarck exemplifizierte. Sodann gab er ein kleines Bild von dem Treiben der Polizeispitzel unter dem Schandgesetze, sowie von dem brutalen Vorgehen der Polizeigewalten gegenüber den Genossen. Redner ermahnte zum Schluß, bis zum letzten Augenblick ausharren in dem Kampfe gegen unsere Unterdrücker. — Als letzter Redner erhielt Genosse Wissel das Wort, der eine Reihe, die damaligen Situationen treffend kennzeichnenden Gedichte aus dem „Sozialdemokrat“ verlas. Er schloß seine Rezitationen mit dem bekannten Gedicht »Allons enfants de la Patrie!« Sämtliche Redner ernieten lebhaften Beifall. Gegen halb zwölf Uhr wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gehrbmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden. Der Vorstand.

Ein völlig unzulänglicher Lohn berechtigt zur sofortigen Niederlegung der Arbeit. So hat in seiner jüngsten Sitzung das Gewerbegericht in Düsseldorf entschieden. Es

wird über den Fall berichtet: Der in Ratingen wohnende Dürenfabrikant Peter Heubes hat gegen zwei Arbeiterinnen Klage auf Zahlung eines Schadenersatzes von je 9,50 Mk. wegen Kontraktbruches angestrengt. Aus der Verhandlung ging hervor, daß die beiden Mädchen in 14 Tagen nur 6 Mark etwa 4 1/2 Pf. pro Arbeitsstunde, verdient hatten, weshalb sie von der Arbeit fortblieben. Der Gerichtsvorsitzende gab dem Kläger den Rath, bei solchem Lohn, von dem niemand existieren könne, die Klage zurückzunehmen. Dessen weiterte sich der Arbeitgeber, worauf er mit seinen Ansprüchen abgewiesen und gleichzeitig dazu verurtheilt wurde, einer Arbeiterin wegen Vorenthaltung der Papiere 12 Mark Entschädigung zu zahlen. — Diese vernünftige Entscheidung sollte sich auch unser Lübecker Gewerbegericht bei ähnlichen Fällen zu eigen machen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird geschrieben: Den zahlreichen, an die Direktion ergangenen Erläuterungen Folge leistend, hat dieselbe, stets bereit, nach Möglichkeit jedem Wunsch ihres Publikums nachzukommen, für Sonntag Nachmittag als 4. Fremdenvorstellung nochmals „Nachts in London“ von Maxim Gorki angefügt.

Das Bureau der Behörde für Wohnungspflege befindet sich im Kanalegebäude, Eingang Nr. 1.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf den Namen des J. J. Ehr. Fries eingetragene Grundstück St. Annenstraße Nr. 149 am 8. Dezember, Mittags 12 Uhr, versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Oktober 1903 in das Grundbuch eingetragen.

Die Buchbinder haben über folgende Firmen die Sperre verhängt: Berlin, Hohenschild, Wessel und Burmester. Kein Buchbinder darf dort eher in Arbeit treten, bis die Sperre aufgehoben ist.

pb. Leichenfledderer. Einem fremden Arbeiter wurde, während er in angetrunkenem Zustande auf einer Bank eingeschlafen war, seine silberne Zylinderuhr und zwei Nadeluhretten gestohlen.

pb. Eigentumsvergehen. Ein Bäckerlehrling brachte zur Anzeige, daß ihm sein Portemonnaie mit 4,20 Mark aus seinem in der Wohnung hängenden Jackett gestohlen sei.

Entin. Aufgehobene Sperrmaßregeln. Die wegen Ausbruches der Geflügelcholera über das Gebiet des Gutsbesizers Weber zu Gut Dunkelstorf verhängten Sperrmaßregeln sind aufgehoben.

Mölla. Marktverlegung. Der Beginn des dreitägigen Herbst-Frammarktes ist für dieses Jahr vom 10. auf den 9. November verlegt worden.

Udesloe. Die Einweihung unseres, Segebergerstraße 34 befindlichen Gewerkschaftshauses findet am kommenden Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, statt. Die Einweihungsrede hält Genosse J. Gränning aus Hamburg. Mit der Einweihung ist eine kleine Festlichkeit verbunden. Die Lübecker Genossen sind von der Kommission freundlichst eingeladen. — Wir geben bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr auch in Udesloe die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wieder festeren Fuß als bisher faßt. Mögen unsere Udesloer Genossen nie vergessen, daß sich erst dann auf politischem, wirtschaftlichem und kommunalem Gebiete nennenswerthe Erfolge erzielen lassen, wenn feste Nüchternheit in Gestalt von Organisationen vorhanden sind. Schließt die Phalanx in dichten Reihen!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Bremer Buchbinder sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Aus dem neuen Tarif, der zur Einführung gebracht werden soll, sind folgende Punkte bemerkenswerth: Die Erhöhung des Minimallohnes von 2 Mk. auf 3 Mk. pro Woche und Einföhrung einer Tarifstreitigkeitsschiedskommission, die aus je drei Prinzipalen und drei Gehülften bestehen soll. Alle andern Punkte des Tarifes sind, von kleinen redaktionellen Aenderungen abgesehen, dieselben wie im alten Tarif von 1900 und dürfte demnach eine friedliche Lösung der Tariffrage erwartet werden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In der Nähe von Friedrichsort bei Kiel stießen gestern die beiden Dampfer „Saronia“ und „Sparta“ zusammen. Die „Saronia“ ist mit dem Achterschiff gesunken. Auch die „Sparta“ erhielt erhebliche Beschädigungen. — Die aus dem vordänischen Staatsgebiete ausgewiesenen dänischen Optanten Vorbesitzer Niels Ginnemann jun. aus Rudbun und Käthner Beier aus Agerbällig, die nach Kiel „rückgeführt“ waren und sich seit einigen Tagen dort aufhielten, wurden gestern früh von der Polizei festgenommen. Beide wurden mit dem Postdampfer wieder nach Korsör transportiert. Im großen deutschen Reich ist für sie kein Platz mehr. — Die Schriftstellerin und Lehrerin Panzer aus Schöneberg ist seit dem 10. ds. spurlos verschwunden. Sie ist die Tochter des in Hamburg unter dem Namen Oskar Fürst bekannten Humoristen. — Dienstag Nacht machten zwei Matrosen des in Gmdener Außenhafen liegenden österreichischen Dampfers „Beatrice“ einen Mordversuch auf den Bootsmann und den Zimmermann des Dampfers, die sie zur Ruhe ermahnten. Eine Untersuchung ist eingeleitet; das Eintreffen des österreichischen Konsuls in Bremen wird erwartet.

Hamburg. In Sachen der Kindesmörderin Wiese wird mitgeteilt, daß die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergeben haben, daß der Wiese neun Kinder in Pflege gegeben worden sind. Davon ist eins tot, zwei sind wieder von ihren in Ostpreußen wohnenden Müttern in Empfang genommen worden und die übrigen sechs Kinder sind spurlos verschwunden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach der Mutter des jüngsten Kindes, die aus Hannover stammen soll, sind bisher völlig resultatlos verlaufen. — Ein iehzehnjähriger Jüngling des „Rauhen Hauses“, der Sohn einer angesehenen Berliner Familie, steckte einige Gebäude der Altstadt in Brand und erhängte sich sodann, nachdem er sich die Pulsadern aufgeschnitten hatte.

Sarburg. Ein unerhört hartes Urtheil fällt die Stader Strafkammer gegen unseren Genossen Riedlinger. Durch eine Wochensplauderei im „Volkswort“ anlässlich der Wahlbewegung fühlten sich der Fabrikdirektor Hoff und die Eheleute Winter von der Sarburger Gummiabrik beleidigt. Angeklagt waren beide Redakteure, Genosse Friele und Riedlinger. Ersterer erzielte jedoch seine Freisprechung, während Genosse Riedlinger zu der schweren Strafe von neun Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Der Antrag des Staatsanwalts lautete für beide Angeklagten auf je 1 1/2 Jahre Gefängnis. Ja, ja, die Klagengehege „müßern“ sich ungenügend!

Kiel. Anarchisten-Verhaftung. Kieler Blätter melden die Verhaftung eines mutmaßlichen Anarchisten, eines Ausländers, auf dem Kieler Hauptpostamt. Seine Ausweisung wird erwartet. Es ist festgestellt, daß der Verhaftete unter verschiedenen Namen aufgetreten ist. Mit dem Polizeikampf gegen die meist sehr harmlosen Leute, die sich „Anarchisten“ nennen, haben

die Behörden noch niemals Vorbeeren geerntet. Uebrigens wäre es interessant, wenn man einmal erfahren könnte, was denn das Hauptpostamt mit der Verhaftung zu thun hat. Letztere ist erfolgt, als der Mann eine Nummer der anarchistischen Wochenschrift „Neues Leben“ am Schalter in Empfang nehmen wollte. Hier ist Auffklärung von Nöthen!

Kiel. Ein Krupp-Denkmal. In der Ostseestadt Kiel, wo die gewaltigen Anlagen der Germaniawerft, das von Krupp erbaute stattliche Hotel im Düsternbrook und das schmucke Haus des „Kaiserlichen Nachtclubs“ an Krupp erinnern, ist die Anregung zu einem Krupp-Denkmal gefallen. Unser Kölner Parteiblatt veröffentlicht folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr!

Gelegentlich der Preisvertheilung der diesjährigen Kieler Woche, am Donnerstag, den 2. Juli, nahmen Seine Majestät der Kaiser und Königin als Allerhöchste Kommandore des Kaiserlichen Nacht-Clubs Veranlassung, dem von einer großen Anzahl unserer Mitglieder angeregten Gedanken einer besondern Ehrung für das verdienstvolle Ehrenmitglied des Clubs, Herrn Wirklichen Geheimrath Krupp, näherzutreten.

Seine Majestät der Kaiser und Königin hielten es in einer Ansprache an die anwesenden Mitglieder für angemessen, dem Verbleibenden in der Nähe des Klubhauses ein Bronze-Denkmal zu errichten, wozu jedes Mitglied einen Beitrag leisten möchte. Seine Majestät der Kaiser schlugen etwa 6 bis 10 Mark als Mindestbeitrag vor, um eine allseitige Theiligung zu ermöglichen. Den durch diese Sammlung nicht gedeckten Rest der Denkmalkosten wollten Seine Majestät huldvollst Allerhöchste selbst übernehmen.

Euer Hochwohlgeborenen bittet der Vorstand, in der Annahme, daß Sie der Allerhöchsten Anregung gern Folge leisten werden, die anliegende Postanweisung gefälligst für den von Ihnen gezeichneten Betrag benutzen und an den Vorstand des Kaiserlichen Nacht-Clubs, Kiel, einjenden zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand des Kaiserlichen Nacht-Clubs.
Der Vorsitzende,
von Arnim, Vize-Admiral.

In Capri, dem Schauplatz vieler Thaten Krupps, begnügte man sich mit einer Gedenktafel; in Kiel soll nunmehr dank dem Vorschlage des Kaisers von den Reich für den Reichsten ein Denkmal gebaut werden. In Deutschland, wo nicht nur Seine, sondern auch von den Vertretern der offiziellen Welt anerkannte Denker, wie Kant, Hegel und Fichte, des Denkmalens entbehren, wird nun wenigstens Friedrich Krupp sein Standbild erhalten. So wird doch wenigstens diejenige Persönlichkeit, die für unser Zeitalter am meisten typisch ist, im Wille der Nachwelt zu Unterrichtszwecken erhalten. Wenn Menschen schweigen, werden Steine reden!

Letzte Nachrichten.

Altenstein. Auf einer Treibjagd bei Stärkenthal wurde der Bankier und Brauereibesitzer Drom-tar erschossen.

Rosen. Dejudation. Bei einer Mittwoch unversehrt durch den Oberbürgermeister vorgenommenen Revision bei der städtischen Gasanstalt wurde ein Fehlbetrag von ca. 40 000 Mk. entdeckt. Der Kassierendant Oberbetreuer Hennig, der flüchtete, wurde in einem benachbarten Orte verhaftet.

Görlitz. Drei Vergleute verschüttet. Auf der Grube Victoria bei Senftenberg ist ein Stollen eingestürzt. Drei Vergleute wurden verschüttet. Die Aufräumungsarbeiten dauern noch fort. — Am Bahndübergang in der Rauschwalderstraße wurde ein Fleischfuhrwerk vom Berliner Güterzug überfahren. Der Kutscher wurde getödtet und das Pferd zermalmt.

Berlin. Nach Unterichlagungen nämlich geworden ist der 42 Jahre alte Sekretär und Detektiv des Rennklubs Hoppegarten, Paul Blaght.

Charlottenburg. Todessturz. Am Rathhausbau stürzte der 23jährige Klempner Müller von einer Leiter herab und war sofort tot.

Halle a. S. Bom Schnellzuge wurde zwischen Erdeborn und Gisleben eine ältere Bauersfrau überfahren, die unter der Barriere durchgetroffen war. Den Schrankenwärter und den Zugführer trifft keine Schuld.

Brannschweig. Zwei Kinder vergiftet. Zwei Kinder eines hiesigen Arbeiters, ein fünfjähriger Knabe und ein sechsjähriges Mädchen, tranken in Abwesenheit der Eltern aus einer Medizinflasche, welche mit Chloroform gefüllt war. Der Knabe ist bereits gestorben, während das Mädchen hoffnungslos darniederliegt.

Essen a. R. Und es ward Nacht. Durch einen Leitungsdefekt beim Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk wurden Mittwoch Abend die meisten Hotels und Restaurants, das Postgebäude und die Baarenhäuser Essens in Dunkel gehüllt. Eine Kerzenbeleuchtung half nur nothdürftig über diese Katastrophe hinweg.

Stuttgart. Explosion. In dem neuerbauten Kurhaufe auf der Heide erfolgte Dienstag Abend eine schwere Explosion des Gaserzeugungsapparates. Der Architekt Hauser sowie ein Kurgast und ein Hausdiener erlitten schwere Brandwunden.

Mailand. Bei einem furchtbaren Orkan auf dem Adriatischen Meere scheiterte bei Chioggia der Schoner „Vincenzina“, wobei sechs Personen ertranken. Eine Barke mit vier Zollwächtern wurde bei Venedig von den Wellen verschlungen.

Rostow a. Don. Postdiebstahl. Bei der Ueberführung der Postwagen vom Bahnhof nach dem Postgebäude gingen infolge Bruches eines Postwagens zwei Wertpapiere verloren. Als man sie wieder fand, fehlten 185 000 Rubel.

Quittung.

Für die Crimmitschauer Textilarbeiter gingen ein:
Vom Fabrikarbeiter-Verband . . . 50.— Mk.
Bereits quittirt . . . 1679.—
Summa 1729.— Mk.

Expedition des „Völk. Volks.“

Lübecker Marktpreise vom 21. Oktober.
Bauern-Butter 1,30 Mk., Meierei-Butter 1,40 Mk.,
Hafen Stk. 3,00 Mk., Gaten Stk. 3,00 Mk., Gähner Stk.
1,80 Mk., Ruten Stk. 1,20 Mk., Lauben Stk. 0,50 Mk.,
Gänse 1 Pf., — 6 Pf., Klügans 3.— Mk., Schweinestk.
Stk. 0,50 Mk., Schinken 1 Pf., — 1 Pf., Wurst 1,20 Mk.,
Tier 7 Stk. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karren
1.— Mk., Karren 10 Pf., 80 Pf., Gehte 1 Pf. 60 Pf.,
Bartel 1 Pf. 60 Pf., Kal 1 Pf. 60 Pf.

Holz-Verkauf im Forstrevier Israelsdorf.

Am Mittwoch den 28. Oktober d. Js., von Vormittags 10 Uhr ab, sollen im Restaurant Krainstraße in Wesloe öffentlich meistbietend verkauft werden:

1. aus dem Bezirk Wesloe.
Forstorte: Hammer, Fankland, Weierland, Schlut. Tannen, Haidland u. Haidkoppel:
Eichen: 2 Stämme mit 0,39 Fm., 1 Amt. Knüppel;
Birken: 4 Amt. Knüppel, 2 St. Buch;
Fletern und Fichten: etwa 80 Amt. Kluft, 200 Amt. Knüppel, 30 St. Stangenbuch, 6 Stk. Stangen mit 1,09 Fm.;
2. aus dem Bezirk Alt-Lauerhof.
Forstorte: Königsberg, Neufoppel, Regel, Hufe:
Fletern und Fichten: etwa 20 Amt. Kluft, 120 Amt. Knüppel;
3. aus dem Bezirk Mittbrook.
Forstort Fuchsberg:
Fichten: 6 Amt. Kluft, 17 Amt. Knüppel, 330 Stk. Stangen, sortiert in Gerüststangen, Leiterbäumen, Bohnenstangen etc.
Der Oberförster.

Am Dienstag den 20. Oktober farb nach langem Leiden unser Kollege, der Malergehülfe

Paul Schwenson.

Ehre seinem Andenken.
Bereidung der Maler. Filiale Lübeck.
Beerdigung Freitag den 23. Oktober, 3 1/2 Uhr, in Schwartau.

Unserm Vorsitzenden Carl Freese nebst Frau die besten Glückwünsche zur Beerdigung.
H. N. C. L.
Fackenburg, den 22. 10. 03.

Eine kleine Wohnung z. 1. April zu vermieten
Kaufstraße 12.

Zum 1. Januar eine Wohnung zu 130 Mk. zu beziehen von 9-12 Uhr.
Koll 20

Gesucht tüchtige Schuhmachergejellen.
Mühlentstraße 31.

Gesucht sofort ein ordentlicher Laufburſche (15-16 Jahr alt)
Aug. Scheere, Thüringer Wurstfabrik Lübeck.

Modellstecher gesucht.
Lübecker Modellstecherei Friedenstr. 51.

J. u. Mann sucht Tanzkarneval in Lübeck. Off. u. K. H. 33 verlagert.

Ein ordentl. Mädchen für einige Stunden Morgens und Nachm. Montag 12 Uhr. Wohnung Montag bis 11 Uhr. Garbenstraße 26.

Eine Schneiderin empfiehlt sich zum Zuschneiden von eleganten und einfachen Kleidern. Volkstraße 9, 1. Etg.

Spielsachen für Kinder u. reizende Nippfiguren à 10 Pfg. und Theater empfiehlt
Engelstraße 91. K. Nielsch jun.,

Zum Abschluss von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- und Lebensversicherungen für nur erstklassige Gesellschaften empfiehlt sich A. Bessmann, Glandorpstraße 14.

Schwedisches Brennholz empfiehlt billig
Th. Kruse
Friedrichstr. 1289. Unterstraße 60.

Die guten Sommerischen Halb- u. Aniepfel aus Kern-Hindleder sind eine Erfindung der Natur, die sich durch Arbeit, in großer Anzahl sehr billig vorfindet.
Nur 38 Markesgr. 38
Sitz genau an Handzettel zu sehen.

Henkels Bleich-Soda
Wepfel
an der Bahn beim Eisenbahnhof.
Eine Schale prima haltbare inaktive Winter-Tafel-Aepfel
Bei Kauf von 10 Pfund 25% Rabatt.

Allgemeine Lokal- u. Straßenbahn-Gesellschaft Betriebsverwaltung Lübeck.

Wir machen bekannt, daß vom 1. November cr. an während der Wintermonate die Wagenfolge auf der Israelsdorfer Linie an den Wochentagen eine halbstündige sein wird.

Abfahrtszeiten.

Vom Geibelplatz nach Israelsdorf.

7.07, 7.37, 8.07, 8.37, 9.07, 9.37, 10.07, 10.37, 11.07, 11.37, 12.07, 12.37, 1.07, 1.37, 2.07, 2.37, 3.07, 3.37, 4.07, 4.37, 5.07, 5.37, 6.07, 6.37, 7.07, 7.37.

Von Israelsdorf nach Geibelplatz.

7.32, 8.02, 8.32, 9.02, 9.32, 10.02, 10.32, 11.02, 11.32, 12.02, 12.32, 1.02, 1.32, 2.02, 2.32, 3.02, 3.32, 4.02, 4.32, 5.02, 5.32, 6.02, 6.32, 7.02, 7.32, 8.02.

An den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage verkehren die Wagen auf dieser Linie von Nachm. 3 bis Abends 10 Uhr alle 10 Minuten.

Lübeck, den 25. Oktober 1903.

Die Betriebsverwaltung.

Hängelampen, Kronlampen, Tischlampen, Ampeln und Küchenlampen
in ganz hervorragenden Neuheiten, zu bekannt billigen Preisen. Mache ganz besonders auf prima Brenner aufmerksam.
H. Gröper, Mengstraße 18.

Man fordere überall
Henkel's Bleich-Soda
Unübertroffenes Waschmittel!

Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk. 2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" " 2,50
Bebel, Charles Fourier,	" " 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" " 1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" " 2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" " 2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	" " 2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	" " 3,50
H. Lux, E. Cabet und der utopische Kommunismus	" " 2,—
Plechanow, N. G. Tschernichewsky,	" " 3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" " 3,—
Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik	" " 2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung	" " 2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Nationalsozialer Verein, Lübeck.
Kriegsgruppe des liberalen Wahlvereins.
Öffentliche Versammlung
am Freitag den 23. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr
im Konzerthaus Knashausen (großer Saal).
Reichstags-Abgeordneter v. Gerlach:
Nationaler und sozialer Liberalismus.
Freie Ansprache. Jedermann willkommen. Der Vorstand.

Central-Hallen.
Donnerstag den 22. Oktober:
Tanzkränzchen.
Anfang 7 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt für Herren 30 Pfg., Damen 15 Pfg. Tanzes frei.
W. Borgwardt.
Porzellan, Krystall, Marmor
aus dem Hause repariert, gemacht, gefast.
Eckertstr. 10 11.
Ausgesäumtes Haar taucht
Wilk. Breva, Richter, Gr. Gröpelstraße 12

Grosse Auktion

Freitag den 23. Oktober 1903
Nachmittags 2 1/2 Uhr
14 Hundestraße 14
über 1 Zinbademane, 1 komplettes Bett, 1 Kaffeemühle, 1 kleiner Schrank, Spiegel, Regulator 200/10 Zigaretten, Puppen, div. Schuhwaren, Portemonnaies, Glas, Porzellan und Nippes, Messer, Scheeren, Damen und Herren-Hemde, Toilette-Seife, Bürsten, Uhrketten, Post-Alboms, Taschenuhren, Postkarten, 3 Karambol-Billardbälle, Spielsachen, Kämme u. v. n. genanntes mehr.
Weitere Zuforderungen werden erbeten.
J. C. B. Schmehl
Auctionator and Taxator

Meinen werthen Nachbarn sowie den Bewohnern der Vorstadt St. Jürgen zur gef. Nachricht, daß ich

Nahlhorststraße 3
eine
Schlachterei und Wurstmacherei
eröffnet habe.
Nur gute frische Waare zusichernd, bitte um geneigten Zuspruch.
Sachachtungsvoll
Nicolaus Kay.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kobl. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Lederhosen . . . 1,80-6,45
Mauerhosen . . . 2,60-6,75
Schlofferhosen . . . 1,88-5,25
Ueberziehhosen . . . 0,88-2,35
Zwirn-Hosen . . . 1,38-3,25
leimene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Maler-Mäntel erstaunlich billig
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Fetten u. mageren Speck per Pfd. 70 Pfg.
Kalbfleisch von 40 Pfg. an, Flosser 70 Pfg., geräuch. Nackentcarbonade 80 Pfg., Kaffee-Rippeer 80 Pfg., Rauchstüde 70 Pfg., Schweinefleisch 60 Pfg., dicke Rippen zum Füllen 70 Pfg., gefochte Mettwurst, Leberwurst u. ger. Leberwurst 70 Pfg., bestes Schmalz 70 Pfg., Krautweiger Wurst 50 Pfg., Preßwurst 50 Pfg., frisches Rohfleisch 30 Pfg., Rohwurst 60 Pfg., Brot und Bräuwurst à 10 Pfg. — Jeden Sonnabend 5 Uhr: Warme Knackwurst. — Fernsprecher 1291. —
M. Lahrz, Böttcherstraße.

Achtung!
Postdienearbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 23. Oktober
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Kartellbericht.
4. Vorschläge von Gewerbegerichts-Beisitzer-Kandidaten.
5. Abrechnung vom Sommervergügen.
6. Wintervergügen.
Der Vorstand.

Circus Variété.
Größte Sensation erregt was je in Lübeck geboten:
Siegmond Steiners
Waldeszauber
Kommen, sehen und tanzen.
Durchschlagender Erfolg sämtlicher anderen Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater
7 1/2 Uhr. Freitag den 23. Oktober. 7 1/2 Uhr.
28. Vorstell. 4 Freitag-Abonnem.
Martha.
7 1/2 Uhr. Sonnabend den 24. Okt. 7 1/2 Uhr.
Volkstheater.
Hugenotten.
Sonntag den 25. Oktober
4 Uhr: Nachspiel. 7 1/2 Uhr: Freischütz.

Um die Existenz der Partei!

Wp. Es ist ein anderes, eine politische Revolution mit Gewalt herbeiführen zu wollen, und ein anderes, die geschichtliche Möglichkeit und die politischen Potenzen der Revolution in Erwägung zu ziehen. Die Regierung will sicher keine Revolution, um so mehr aber rechnet sie mit ihrer Möglichkeit. Die ganze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist Zurückweisung der Revolution. Das gründet viel Heiser, als in der Furcht vor den Bajonetten. Unsere geschichtlichen Aufgaben gehen viel zu weit, um durch einen Gewaltstreik durchgeführt werden zu können. Die serbischen „Revolutionäre“ haben einen König um einen König kürzer gemacht und in die Watsch auf dem Throne einen anderen König hineingelegt — damit war ihre „geschichtliche Mission“ erledigt, so sehr, daß selbst gefaltete Fürsten in dem Mörderwert ein neues Gottesgnadenthum erdachten und dazu ihren Segen gaben. Hier stand das Ziel und Mittel im Einklang. Unseren Zielen genügt aber ein Wechsel in der Person des Regenten oder selbst ein Wechsel des Regierungssystems nicht. Wir wollen die gesammte politische Organisation des Landes und die ökonomischen Grundlagen seiner Existenz anders gestalten. Das können wir nicht durch einen nächtlichen Ueberfall im Hospitalkast und auch nicht durch einen Volksauflauf erreichen, sondern nur durch Organisation des Proletariats. Wir haben damit noch reichlich genug zu thun. So lange in Deutschland die Möglichkeit der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer politischen Bethätigung, wenigstens wie bis jetzt, fortbesteht, wird die deutsche Sozialdemokratie jeder politischen Provokation aus dem Wege zu gehen wissen. Aber das ist eben das Ungewisse, ob es so weiter gehen wird. Viel mehr bringt jeder Tag neue Gewissheiten, daß es nicht mehr in der alten Art weiter gehen wird.

Gerade weil wir so famos dabei gedeihen, will man uns die geschichtliche Entwicklung unmöglich machen. Bismarck reizte uns und wollte uns auf die Straße locken, so lange er des Heeres sicher war. Weil wir das wußten, thaten wir ihm den Gefallen nicht, uns füßeln zu lassen. Jetzt aber provoziert man gar nicht mehr, sondern man sucht einfach uns alle geschichtlichen Wege und Mittel abzusperren und unmöglich zu machen. Das ist längst aus dem Reich der bloßen Wünsche heraus, es sind Thatgeschaffen. Man hat ja bereits in Sachsen das allgemeine gleiche Wahlrecht bejeitigt. Noch 1895 würde kein Mensch daran geglaubt haben, daß man in dem hochindustriellen Sachsen so etwas wagen könnte. Und als wir neulich die Obstruktion gegen die Militärvorlage einleiteten, glaubten wir auch nicht, daß der Reichstag in der Zerstückung seiner Geschäftsordnung, in der Vernichtung der parlamentarischen Rechte der Minorität soweit gehen würde. Allein er scheute sich nicht, eine vollkommene parlamentarische Anarchie zu schaffen, um nur uns bezujammen. Daß jetzt ein Koup gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht vorbereitet wird, unterliegt keinem Zweifel. Erst neulich brachten die „Berl. N. Nachr.“ eine offizielle Mittheilung, die ziemlich klar darauf hinauslief: die Regierung möchte sich erst der Zustimmung der Reichstagsmehrheit versichern, bevor sie einen Gesetzentwurf zur Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts einbringt. Ueber Nacht kann das kommen!

Ueber den Ernst der Situation besteht unter uns kein Zweifel. Die Frage ist, wie wehren wir der Gefahr? Unsere Erfolge waren bis jetzt Wahlerfolge, jetzt muß es sich offenbaren, was dahinter steht. Ist die Sozialdemokratie bloß, wie die Reaktionen längst behaupten, das Produkt des allgemeinen gleichen Wahlrechts, oder ist vielmehr dieses Wahlrecht nur der Anzeiger der Entwicklung der Sozialdemokratie. Ist die Sozialdemokratie ein Berg von Stimmgeldern oder ist sie eine politische Macht? Wenn die Sozialdemokratie eine politische Macht ist, — wie, außer den Wahlen, kann sie sich behaupten, kann sie sich Geltung ver-

schaffen? Aus der Frage der Verhinderung einer Wahlrechtsberaubung wird die Frage der Zukunft der Partei überhaupt. Wenn wir uns selbst unter ein neues Wahlrecht, das ja nicht unbedingt die Wahlberechtigung der Massen zu lassen braucht, wenn es nur ihre Vertretung zu einer ewigen Minorität verdammt, fügen, so bleibt doch die Frage offen: wie erreichen wir unser politisches Ziel, wenn uns die parlamentarische Möglichkeit dazu abgeschnitten ist? Ich kenne keinen andern Ausweg als den politischen Massenstreik mit dem speziellen Zweck, die parlamentarischen Rechte zu verteidigen oder zu erobern, die unerläßlich sind, um das Proletariat zur politischen Geltung und in den Besitz der politischen Macht zu bringen. Der politische Massenstreik ist mir also nicht etwa ein politisches Kampfmittel, das man anderen vorzuziehen hätte, sondern unter gewissen Umständen das alleinige Kampfmittel, das uns überhaupt verbleibt, und insofern eine unvermeidliche geschichtliche Nothwendigkeit.

Gegen diese Auffassung wendet sich nun Genosse A. E. in der Chemnitzer „Volksstimme.“ Da Genosse A. E. meint, ich wäre von der Idee der politischen Revolution auf die Idee des Massenstreiks zurückgekommen, so sei hier vorausgeschickt, daß ich schon 1896 in einer Artikelserie der „Neuen Zeit“ — später als Broschüre erschienen — dieselben Ansichten entwickelt habe. Der Erfolg der politischen Revolution durch den politischen Massenstreik ergab sich für mich aus der von Friedrich Engels vorgenommenen Revision des historischen Urtheils über die Barrikadenrevolution. Der Unterschied ist aber bei weitem nicht so groß, wie es Genosse A. E. anzunehmen scheint. Doch darüber ein anderes Mal.

Den politischen Massenstreik kritisieren ist leicht. Das Kampfmittel ist neu, das historische Urtheil über seine Bedeutung ist noch nicht gefällt. In Belgien hat man damit erst Erfolg gehabt, dann eine Niederlage erlitten; in Holland unterlag man beim ersten Versuch, nach einem mühsamen Kampf. Man sollte meinen, diese Niederlagen gehen die Belgier und Holländer näher an, als uns. Man ließ sich aber dadurch weder in Belgien noch in Holland abschrecken und rückte unentwegt weiter, um den Kampf mit verstärkten Mitteln und in besserer Formation wieder aufzunehmen. Wir haben weniger auf den momentanen Sieg der Machthaber der gegenwärtigen Gesellschaft zu achten, als darauf, mit welchem Bewußtsein die Arbeiter massen aus dem Kampf hervorgehen: ob sie sich entmuthigt fühlen, oder, im Gegentheil, ihr Kampfgefühl steigt. Steigt das politische Selbstbewußtsein der Proletarier, so ist jede Niederlage nur eine Vorstufe zum Sieg. Wieviel Niederlagen erleiden nicht die Arbeiter bei gewöhnlichen Streiks? Die politische Geschichte des Proletariats ist voll von Niederlagen. Das kann gar nicht anders sein, da das Proletariat die gesammte herrschende Welt gegen sich hat. Es sammelt erst seine Kraft, bis es den Sieg davonträgt. Aber wenn wir uns jetzt das Wahlrecht widerstandlos nehmen lassen, so würde es die schlimmste Niederlage sein, die das Proletariat jemals erlitten hat und die gesammte glorreiche parlamentarische Geschichte der deutschen Sozialdemokratie auf Schinerfolge zurückführen. Was nützen uns alle unsere Wahlsiege, wenn mit einem Federstrich uns das alles genommen werden kann? Der politische Massenstreik hat seine Gefahren und Schwierigkeiten, aber außer dem bleibt in solchem Fall nur noch die Vernichtung der Partei.

Das ist auch die unerbillige Konsequenz der Ausführungen des Genossen A. E. in der „Volksstimme.“ Nach dem A. E. den politischen Massenstreik verworfen hat, verzichtet er konsequenter Weise auf die Verteidigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts überhaupt. Er will nur noch durch Konzessionen uns den Frieden erkaufen. Er giebt die Schlacht verloren, noch bevor sie geschlagen wurde. Und die erste Konzession, die er macht, betrifft schon die Existenzgrundlage unserer Partei. Er verzichtet auf die Eroberung der politischen Macht durch das Prole-

ariat, er will nur einen bescheidenen Antheil der Macht an der Seite der bürgerlichen Parteien. Und um seinen guten Willen zu beweisen, geht er sogar soweit, selbst eine Aenderung des Wahlrechts vorzuschlagen. Das Proportionalsystem soll eingeführt werden. Das Proportionalssystem steht ja unserem Programm, aber unser Gesichtspunkt dabei war ganz anders, als jener, dem jetzt Genosse A. E. folgt. Wir forderten das Proportionalssystem, um unsere Vertretung zu stärken, — er sieht darin ein Mittel, die bürgerlichen Parteien zu verjähnen. Seine Kalkulation geht wohl dahin: die bürgerlichen Parteien fürchten, von uns majorisirt zu werden, aber das Proportionalssystem sichert ihnen die Majorität, solange die Arbeiter nicht die absolute Mehrheit der Nation bilden, und damit hat es noch gute Zeit. Genosse A. E. will also das Proportionalssystem nicht, um uns möglichst schnell aus der Minorität herauszubringen, sondern um den bürgerlichen Parteien möglichst lange die Majorität zu sichern. Sonst hätte es keinen Zweck, das Proportionalssystem als Bodmittel für die bürgerlichen Parteien zu gebrauchen. Aber wenn ein Sozialdemokrat selbst nach Mitteln sucht, um von der Eroberung der politischen Macht zurückzuhalten, so ist den Majoritätsparteien verzeihlich, daß sie nach mehr probaten Mitteln zu diesem Zweck sinnen, als das Proportionalssystem, das unsere Vertretung mit einem Schlag von 80 auf 130 Mann an-schwellen ließe.

Genosse A. E. behauptet, wir hätten eine „neue Klassenherrschaft“, die proletarische erstrebt. Das hat er aus der reaktionären Presse, nicht aus der sozialistischen Litteratur, die vielmehr bejagt, daß wir die „Aufhebung jeder Klassenherrschaft“ erstreben. Gerade deshalb können wir nicht die Herrschaft mit der ausbeutenden Klasse theilen. Das Proletariat kann sich nicht mit der Kapitalistenklasse in die Ausbeutung des Proletariats theilen, sondern es muß sich in den Besitz der Staatsmaschinerie setzen, um die Ausbeutung unmöglich zu machen. Der Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht bedeutet den Verzicht auf die Selbstständigkeit der Partei. Nichts mehr von Sozialismus, sozialer Revolution, Klassenkampf. Die Sozialdemokratie wird zu einer bürgerlichen Oppositionspartei mit sozialreformerischem Programm. Aber das alles würde noch nicht genügen, um die reaktionären Anschläge gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht aus der Welt zu schaffen. Die größte Erbitterung gegen uns ist nicht durch unsere Opposition gegen den Zolltarif geschaffen worden — also auch darauf müßten wir verzichten. Daß wir, wenn wir mit den bürgerlichen Parteien zusammen gehen, nicht auf dem Standpunkt verharren können, „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, liegt auf der Hand. Also Budgetbewilligung — Militär, Marine!

Wenn die Sozialdemokratie so zahn wäre, dann hätte sie allerdings keine Wahlrechtsänderung zu befürchten. Aber da kommt Genosse A. E. zu spät. Der Fehler ist längst geschehen. Die ganze Geschichte der Sozialdemokratie erhebt sich von diesem Gesichtspunkte aus als ein einziger, verhängnisvoller Irrthum, von dem Moment an, als F. Lassalle die Arbeiter vom Freisinn separirte. Wie jammerten doch und wehklagten die Freisinnswänner, daß Lassalle der Reaktion diene, indem er durch Absonderung der Arbeiter den Gesamtliberalismus schwäche, und auch sie behaupteten, wie Genosse A. E. jetzt, daß die Arbeiter Verbesserung ihrer materiellen Lage nur mit Hilfe der bürgerlichen Parteien erreichen können. Ganz gewiß, wenn die Sozialdemokratie die Politik des Freisinns befolgt hätte, dann wäre jetzt das allgemeine Wahlrecht nicht gefährdet, — hätte dann aber auch die Sozialdemokratie die Erfolge gehabt, die sie in Wirklichkeit erzielte? Sicher nicht!

Jedenfalls können wir jetzt nicht mehr zurück. Selbst wenn wir uns von unseren Grundfäden loslagern wollten, würde man uns nicht glauben, und das mit Recht. Stellen wir uns Scheintod, so wird man uns küssen, bis wir zu einem neuen Leben erwachen. Man fürchtet nicht die sozialdemokratische Führerschaft, sondern die sozialdemokratischen

Das Vermächtniß des Bedlars.

(Folge des Romans: „Der Bedlar“).
Von Otto Ruppia.

(8. Fortsetzung.)

Helmstedt machte sich in diesem Augenblicke keine Gedanken über das Verhältniß, in das er treten sollte; er dachte nur an den Zustand des Mannes, der vor ihm saß. „Wenn es Sie beruhigen kann, Mr. Morton“, sagte er, „so gebe ich Ihnen gern das Wort eines ehrlichen Mannes, mit allen meinen Kräften Ihren Wunsch zu erfüllen. Sorgen Sie doch aber vorher und zu allererst für sich selber; geben Sie sich nicht so willenlos Ihrer Krankheit hin, und Sie werden sie gewiß besiegen. Gehen Sie weg von hier, wo vielleicht traurige Erinnerungen ein Aufschauen Ihrer selbst erschweren, machen Sie einen Ausflug nach dem Osten.“

Morton lächelte, wie man über einen gut gemeinten, aber nutzlosen Vorschlag lächelt. „Ich werde es thun, lieber Freund, sobald ich nur wieder Kräfte genug gesammelt habe“, sagte er; „ich habe dasselbe schon Mrs. Morton versprochen müssen. Sollte ich aber zufälligerweise nicht dazu kommen, so habe ich Ihre Zusage.“ Er drückte eine Weile, wie um auszuruhen, die Hand vor die Augen. „Sonderbar“, sagte er dann, „Sie sollten sich eigentlich vor der Uebernahme von Vormundschaften in Acht nehmen, Sir, Sie bekommen sonst den ganzen Hals voll — das ist jetzt in wenig Monaten schon die zweite; erst der Schwerepsohn des Bedlars, — aber gut, daß ich daran denke, wie steht es denn eigentlich damit, haben Sie schon etwas in der Sache gethan?“

„Ich bin so weit“, erwiderte Helmstedt, „daß ich beabsichtige nach New York zu gehen, so bald ich es ermöglichen kann, um die ganze Angelegenheit ein für allemal zu ordnen.“

Morton sah langsam auf. „Fehl's an etwas?“ fragte

er, „ich habe manchmal in den letzten Tagen daran denken müssen, wie der alte Burche Jaac hier im Hause starb, und zugleich an sein Vertrauen zu Ihnen, und sollte ich etwas helfen können, damit Sie seinen letzten Willen recht ausführen, so sagen Sie es.“

Helmstedt rieb sich die Stirn. Alles, was ihn bedrängte, trat in diesem Augenblicke wie zu einem Bilde vereinigt vor ihn. „Es ist nicht mein Interesse, um das es sich handelt“, sagte er nach einer kurzen Weile ansiehend, „und darum kann ich Ihnen meine Verlegenheit ohne Rücksicht gestehen. Gehe ich Wochenlang, vielleicht noch länger, nach New York, so muß ich meine Frau ohne Rath und Schutz zurücklassen, und ich weiß nicht, welche Einflüsse sich während dieser Zeit bei ihr geltend machen mögen. Ich sehe vielleicht Gespenster“, setzte er hinzu, als er Mortons verwunderten Blick begegnete, „aber Ellen ist jung und liebt dazu ihren Vater fast mehr, als in ihren jetzigen Verhältnissen selbst die Bibel erlaubt.“

„Das Weib soll Vater und Mutter verlassen und dem Manne anhangen“, sprach Morton leise und nickte mit dem Kopfe; „haben Sie einen besonderen Grund, Unrechtes zu argwöhnen oder besorgt zu sein?“

„Ich mag, wie gesagt, vielleicht Gespenster sehen“, erwiderte Helmstedt, den Kopf in die Hand stützend, „aber es ist Manches, was mich bedrückt, ohne daß ich durch die ruhigste Ueberlegung davon loskommen kann. Doch lassen wir das vorläufig. Zum Zweiten muß ich erst zusehen, wie ich das nöthige Geld für meine Reise und was dazu gehört, anschaffe — ich hatte heute schon überlegt, ob ich eins von meinen Pferden verkaufen könne.“

Der Kranke setzte sich mit einer Kraft aufrecht, die ihm Helmstedt nicht zugetraut. „Nun sehen Sie einmal, was für ein Mensch Sie sind“, sagte er mit allen Zeichen des Aergers. „Sie wissen, wo Sie Freunde wohnen haben, und doch plagen Sie sich lieber Wochenlang mit sich selbst herum, verjähnen die wichtigsten Interessen dabei, nur um

Niemandem ein Wort zu gönnen. Was das mit Ihrer Frau betrifft, weiß ich nicht; was es auch sein mag, so bleibt es besser unter Ihnen Weiden — handelt es sich aber nur darum, das Fräulein während Ihrer Abwesenheit unter sichern Schutz zu stellen, so wissen Sie selbst, wie viel Platz in meinem Hause ist, und daß meine Frau immer eine Freundin der Fräulein war, bei der sie sich nicht unheimlich fühlen wird. Was nun die nöthigen Geldmittel für Ihre Reise nach New York anbetrifft, so hätten Sie schon Ihres Versprechens gegen den alten Bedlar und seines Erben wegen längst bei mir anklopfen sollen. Ich werde dafür sorgen, daß Sie morgen das Nöthige in der Hand haben, und Sie zahlen es mir zurück, sobald die Erbschaft flüssig ist.“

Helmstedt wollte etwas erwidern, als sich die Thür halb öffnete und das Gesicht des Arztes herein sah. „Wie Wetter!“ rief dieser, „das spricht ja so frisch, als gäbe es gar keinen Kranken im Haus; ich habe mit Verwunderung die Stimme durch die Wand dringen hören. Und wahrhaftig“, fuhr er eintretend fort, „die Wachen sind in dem Gesprächsraume aufgeblüht wie ein paar Matrosen. Störe ich die Herren nicht?“

„Wir sind eben mit dem Nöthigsten fertig, und Sie sind willkommen, Doktor“, erwiderte Morton, sich langsam in den Schaukelstuhl zurücklegend.

Der Arzt legte die Hand an den Puls des Kranken. „Very well“, sagte er, „so thun wir auch am besten, wie sprechen jetzt nichts mehr und halten uns so ruhig als möglich.“

„Aber ich fühle mich doch gerade jetzt recht wohl, Doktor, und möchte so gern noch mit meinem jungen Freunde plaudern.“

„Damit Sie die Nacht über nicht schlafen können und morgen wieder am Sterben sind, nicht wahr? Lassen Sie mich jetzt Mrs. Morton zu Ihnen schicken, und glauben Sie

